Entwurf

Verordnung zum Schutz des Baumbestandes in der Stadt Ansbach (Baumschutzverordnung)

Die Stadt Ansbach erlässt aufgrund von (Art 5) Abs 2, Art 12 Abs2 und 3 und Art 45 Abs 1 Nr. 4 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG) folgende Verordnung:

Übersicht (nicht Teil der Verordnung, aufgeführt zur besseren Übersicht)

- § 1 Schutzzweck und Schutzziel
- § 2 Stärkung des Baumbestandes
- § 3 Geltungsbereich und Schutzgebiet
- § 4 Schutzgegenstand
- § 5 Unzulässige Maßnahmen
- § 6 Zulässige Maßnahmen und Ausnahmen
- § 7 Ausnahmegenehmigung
- § 8 Genehmigungsverfahren
- § 9 Ersatzpflanzungen
- § 10 Ausgleichszahlungen
- § 11 Ordnungswidrigkeiten
- § 12 Förderung der Stadtbegrünung
- § 13 Inkrafttreten

§1

Schutzzweck und Schutzziel

(1) Zum Schutz und zur Pflege eines durchgrünerten Stadtbildes und zur Erhaltung der urbanen Lebensqualität sowie aus klimatischen, stadtökologischen und Luftreinigungsgründen werden alle Bäume im Stadtgebiet innerhalb der im Zusammenhang gebauten Ortsteile dem Schutz des Bayerischen Naturschutzgesetzes unterstellt.

(2) Ziel der Verordnung sind u.a.

- der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen für Menschen, Tiere und Pflanzen,
- die Erhaltung und Verbesserung des Naturhaushalts,
- die Förderung der Reinhaltung der Luft, zur Minderung schädlicher Umwelteinwirkungen, sowie um das Kleinklima günstig zu beeinflussen,
- die Bewahrung und Belebung des Stadt- und Landschaftsbildes,

- die Gewährleistung einer angemessenen Durchgrünung der bebauten Gebiete der Stadt, zur Belebung des Straßen- und Ortsbildes und zur Erhöhung der Lebensqualität der Bürger,
- die Förderung des Bewusstseins für die ökologische Bedeutung von Bäumen im Stadtgebiet.

§ 2

Stärkung des Baumbestandes

- (1) Der Baumbestand im Schutzgebiet ist zu erhalten, zu pflegen und in seiner Lebenskraft zu stärken.
- (2) Diese Verpflichtung obliegt vorrangig der Stadt Ansbach selbst und den anderen Körperschaften des öffentlichen Rechts, die im Schutzgebiet Grundbesitz haben. Die Stadt Ansbach trägt darüber hinaus zur Vermehrung und Verbesserung des Baumbestandes bei, insbesondere indem sie Neupflanzungen auf stadteigenen Flächen selbst vornimmt, auf privatem Grund durch Überlassung von Baumpflanzen fördert sowie geeignete städtische Flächen zur Begrünung und Pflege durch Bürger freigibt.
- (3) Die Stadt Ansbach berät Bürgerinnen und Bürger unentgeltlich über die Möglichkeiten, zum Schutz und zur Pflege des Baumbestandes beizutragen.
- (4) Die Entfernung oder Beeinträchtigung von Bäumen unterliegt den Beschränkungen, die sich aus den nachfolgenden Bestimmungen dieser Verordnung ergeben (Baumschutz).

§ 3

Geltungsbereich und Schutzgebiet

Die Grenzen der geschützten Bereiche sind im einzelnen aus der Baumschutzkarte (Maßstab 1: 5.000) ersichtlich, sie ist Bestandteil dieser Verordnung. Maßgebend für den Grenzverlauf ist der Außenrand der schwarzen Begrenzungslinie. Die Karte ist bei der Stadt Ansbach – Umweltamt – verwahrt und kann während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden.

§ 4

Schutzgegenstand

- (1) Geschützt sind alle Bäume mit einem Stammumfang von 80 cm und mehr. Mehrstämmige Bäume sind geschützt, wenn mindestens einer der Stämme mehr als 40 cm hat (jeweils 100 cm über dem Erdboden gemessen).
- (2) Geschützt sind ferner alle Bäume, deren Pflanzung aufgrund dieser Verordnung verlangt worden ist, dabei kommt es nicht auf den Stammumfang an.

- (3) Dem Schutz dieser Verordnung unterliegen nicht:
- (4) Obstbäume auf Privatgrundstücken mit Ausnahme von Walnussbäumen und Esskastanien
- (5) Bäume in Baumschulen und Gärtnereien, soweit sie gewerblichen Zwecken dienen sowie Obstbäume im Erwerbsgartenbau,
- (6) Der Baumbestand der Forstwirtschaft und forstwirtschaftlichen Maßnahmen,
- (7) **US-Streitkräfte ? siehe Bamberg)**

§ 5

Unzulässige Maßnahmen

- (1) Es ist verboten, geschützte Bäume und Ersatzpflanzungen sowie Teile von ihnen ohne Ausnahmegenehmigung durch die Stadt Ansbach
 - 1. Zu entfernen, zu fällen, abzubrennen oder in ihrem charakteristischen Aussehen zu verändern
 - 2. In anderer Weise zu zerstören, zu beschädigen oder in ihrer Lebenskraft zu beeinträchtigen oder das weitere Wachstum dauerhaft zu verhindern
- (2) Eine Entfernung des Baumes liegt vor, wenn er gefällt, abgeschnitten oder entwurzelt wird. Das fachgerechte Verpflanzen eines Baumes auf demselben Grundstück ist keine Entfernung in diesem Sinne.
- (3) Eine Veränderung des charakteristischen Aussehens liegt vor, wenn
 - 1. Die Baumkrone als solche gekappt, seitlich beschnitten oder hochgeastet wird;
 - 2. Ein Ast abgeschnitten wird, der am Ansatz mindestens 30 cm Umfang hat;
 - 3. Bei mehrstämmigen Bäumen ein Stamm beseitigt wird.
- (4) Eine Beschädigung liegt insbesondere vor, wenn der Stamm verletzt wird oder wenn Äste oder Wurzeln abgerissen werden.
- (5) Als Beeinträchtigung der Lebenskraft gelten auch Störungen im Wurzelbereich, insbesondere wenn Wurzeln abgeschnitten werden oder wenn unter der Baumkrone
 - 1. Die Fläche mit Asphalt, Beton oder einer anderen wasserundurchlässigen Decke befestigt oder der Boden verdichtet wird;
 - 2. Abgrabungen, Ausschachtungen oder Aufschüttungen vorgenommen oder Gräben ausgehoben werden
 - 3. Salz, Öle, Treibstoffe oder Laugen offen gelagert oder ausgeschüttet werden;

4. Streusalze oder chemische Mittel zur Unkrautbekämpfung oder Wachstumshemmung angewendet werden, soweit dies nicht zur Unterhaltung oder Sicherung der Straßen notwendig ist.
5. Größere Gegenstände (z.B. Baumaschinen, Materialien) abgestellt werden, die durch Gewicht, Wärmentwicklung oder auf andere Weise zur Schädigung des Baumes führen können.

§ 6

Zulässige Maßnahmen und Ausnahmen

- (1) Abweichend von § 5 Abs. 3 bis 5 sind zulässig:
 1. fachgerechte Pflege- und Erhaltungsmaßnahmen, insbesondere der ordnungsgemäße Baumschnitt;
 2. Maßnahmen, die der Sicherheit des Straßen- und Bahnverkehrs dienen (z.B. Freihaltung des Lichtraums der Straße);
 3. Maßnahmen, die von Unternehmen der Elektrizitätsversorgung auf Leitungstrassen zum Schutz der Stromleitung getroffen werden (z.B. Zurückschneiden von Bäumen);
 4. Maßnahmen, die zur Erfüllung der Gewässerunterhaltungspflicht nach Art. 42 Bayerisches Wassergesetz notwendig sind;
 5. Maßnahmen, die zur Durchführung von Bauarbeiten oder vergleichbaren Tätigkeiten unabweisbar notwendig sind (z.B. Abschneiden einer Wurzel in einem Kabelgraben);
 6. Maßnahmen, die zur Erfüllung der privatrechtlichen Verkehrssicherungspflicht erforderlich sind (z.B. Beseitigung eines angebrochenen Astes);
 7. die fachgerechte Beseitigung abgestorbener Baumteile.

In den Fällen der Nummern 2 bis 5 sind die Maßnahmen vor der Durchführung mit der Stadt Ansbach abzustimmen, um Schaden für den Baum oder Nachteile für das Ortsbild soweit wie möglich zu vermeiden..

- (2) Nicht von Absatz 1 erfasste Maßnahmen (z.B. das Fällen eines Baumes) sind ausnahmsweise zulässig, wenn sie der Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr für die Allgemeinheit, für Leben und Gesundheit von Menschen oder für bedeutende Sachwerte dienen und eine andere Abhilfe nicht möglich ist. Die Stadt Ansbach soll vor der Durchführung verständigt werden. Ist dies nicht möglich, ist sie unverzüglich über die Maßnahme und deren Gründe im Nachhinein zu unterrichten. Die Stadt Ansbach kann nachträglich eine Ersatzpflanzung oder eine Ausgleichszahlung verlangen, wenn dies auch im Fall der vorherigen Genehmigung geschehen wäre.

Anmerkung zur Umsetzung durch die Verwaltung

Die Umsetzung und Durchsetzung der Ziele und Vorgaben in § 1 bis § 6 muss durch entsprechende Maßnahmen gesichert werden.

Zur formellen Ausgestaltung der folgenden Paragraphen der Verordnung, bitten wir die Verwaltung einen fachgerechten Entwurf unter Beachtung folgender Eckpunkte auszuarbeiten. Als Vorlagen dienten dafür die Baumschutzverordnungen der Städte Bamberg, Schwabach und Erlangen.

§ 7

Ausnahmegenehmigung (Bamberg)

1. Bei der Abwägung für Ausnahmegenehmigungen sind, unter Berücksichtigung aller Umstände des Einzelfalles, sind auch der Schutzzweck des § 1, das Verfassungsgebot des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen (Art. 141 der Bayerischen Verfassung) und die Sozialpflichtigkeit des Eigentums (Art. 14 Abs. 2 des Grundgesetzes und Art. 103 Abs. 2 der Bayerischen Verfassung) zu berücksichtigen.
2. Entfernung eines Baumes **kann** genehmigt werden, unter den Aspekten Allgemeinwohl, Gefährdung von Personen, Härtefall, Behinderung von Gewerbeausübung, Beeinträchtigung von Natur und Landschaft (§ 141 Bayer. Verfassung)
3. Die Genehmigung **ist in der Regel zu erteilen**, wenn
 1. aufgrund anderer Rechtsvorschriften ein Anspruch auf Genehmigung eines Vorhabens besteht und dies dem Schutzzweck und Ziel der VO nicht widerspricht
 2. Schwere Erkrankung des Baums - Erhaltung nicht zumutbar
4. Genehmigung kann mit Nebenbestimmungen verbunden sein, z.B. Ersatzpflanzung, Ausgleichszahlung, evtl. Sicherheitsleistung.

§ 8

Genehmigungsverfahren (Schwabach)

1. In der Regel vereinfachtes Verfahren, Entscheidung nach Ortstermin im Einvernehmen, Beratung
2. Förmliche Genehmigung in begründeten Fällen
3. Sonderfall Bauvorhaben und andere Rechtsvorschriften

§ 9

Ersatzpflanzungen und Pflegemaßnahmen

1. auf Vorschlag und evtl. Bestimmung der Stadt Ansbach,
2. standortgemäße heimische Arten
3. Anordnung von (Pflege-) Maßnahmen zur Erhaltung und Sicherung des Baumes bei Versagung der Genehmigung
4. Sanierungszuschuss bei Härtefall

§ 10

Ausgleichszahlungen

1. bei Unzumutbarkeit oder rechtlichen oder tatsächlichen Gründen gegen Ausgleichspflanzungen, Ausgleichszahlung in Höhe des Baumwertes fällig
2. Zweckbindung der Ausgleichszahlungen für die Neupflanzung von Bäumen oder entsprechenden Maßnahmen

§ 11

Ordnungswidrigkeiten

nach Art 57 Abs 1 Nr. 2 BayNatschG

§ 12

Förderung

1. Gemäß Art 33 des Bayer. Naturschutzgesetzes stellt die Stadt Ansbach Mittel zur Stadtbegrünung bereit. Damit können auch Baum- und Gehölzpflanzungen von privaten Grundstückseigentümer*innen, z.B. durch Überlassung von Pflanzbäumen gefördert werden.
2. Unbeschadet des Absatz 1 wird das gesamte Aufkommen aus Ausgleichszahlungen nach § 10, aus verfallenen Sicherheitsleistungen nach § 9 sowie aus Buß- und Verwarnungsgeldern gemäß § 11 für die Neupflanzung von Bäumen und Gehölzen, auch auf privaten Grundstücken, sowie zur Pflege und Erhaltung des Baum- und Gehölzbestandes im Stadtgebiet verwendet. Aus diesen Mitteln können ferner der Erwerb von Flächen, die anschließend mit Bäumen und Gehölzen bepflanzt werden, sowie die Versetzung wertvoller Bäume finanziert werden.

§ 13

Inkrafttreten